

Debatte zum Grundgesetz-Artikel 14: Sollte Eigentum wieder mehr verpflichtet?

Beitrag zur Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung
/Berlin, am 23.05.2012

Nie war, gerade mit Blick auf den Artikel 14 des GG, der Gegensatz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit größer als heute. Vielmehr gilt auf den völlig deregulierten und liberalisierten Finanzmärkten heute genau der gegenteilige Grundsatz: Eigentum verpflichtet die Anleger nur zu einem: **der Erzielung einer maximalen Rendite- gegebenenfalls zum Schaden der Allgemeinheit.** Nach dem Motto: **Gewinne werden privatisiert, Schulden sozialisiert.**

Während eine minimale Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze von 5 Euro nur nach langwierigen Parlamentsdebatten zu haben war, brachten die Regierungen in kürzester Zeit, Hunderte, ja, tausende von Milliarden Euro und Dollar für die Bankenrettung auf- und zwar nicht aus den privaten Taschen, in die zuvor die fetten Gewinne, Boni, Prämien, Honorare geflossen sind, sondern aus öffentlichen Kassen. Die herrschenden Eliten griffen auf die Staatsfinanzen zu, als ob demokratische Regeln, Gesetze, auch die Verfassung sie nichts angingen. Schon gar nicht der Artikel 14 GG.

Und welch groteske Ironie der Geschichte: Jahrzehntlang haben uns die Hohepriester des Neoliberalismus gepredigt, dass „die unsichtbare Hand des Marktes“ schon alles regeln werde und dass man den trägen und ineffizienten Staat „gesundschrumpfen“ und die Staatsausgaben kürzen müsse. Doch in der Krise riefen sie plötzlich unisono nach dem „Vater Staat“ . Und hatten keinerlei Skrupel, die Staatsverschuldung dafür über alle Grenzen zu jagen, die sie- in Europa mit den Maastrich-Kriterien – selbst festgelegt haben. Nie hat

sich das neoliberale Dogma mehr blamiert als in den letzten Jahren; und eigentlich müssten sie jetzt alle in Sack und Asche gehen- die Hohepriester und Jünger des Neoliberalismus, die mit ihrem dreifachen Schlachtruf: Liberalisierung! Flexibilisierung und Privatisierung jene globale Finanzblasen-Ökonomie mit befördert und sanktioniert haben, die jetzt geplatzt ist.

Inzwischen ist aus der Bankenkrise eine allumfassende fiskalische Krise, eine Krise der Staatsfinanzen geworden, von der wiederum die zuvor geretteten Banken und ihre betuchte Klientel profitieren. Die EZB leiht den Banken ungeheuer viel Geld zu Niedrig-Zinsen, die sogar unter der Inflationsrate liegen; die Banken kaufen dafür Staatsanleihen, für die sie drei- bis viermal höhere Zinsen kassieren, für deren Begleichung die Staaten wiederum ihre Ausgaben, vor allem ihre Sozialausgaben kürzen und die Steuern erhöhen müssen- ein perverser Kreislauf, in dem die Banken und die Besitzer großer Geldvermögen die Gewinner und die Allgemeinheit, die Steuerzahler der chronische Verlierer ist.

De facto haben wir es mit einer **beispiellosen Ausplünderung und Beraubung des Gemeinwesen durch die großen Akteure auf den Finanzmärkten** zu tun, die uns von Politikern, sog.

Wirtschaftsexperten und den Mainstream-Medien als „ökonomischer Sachzwang“ verkauft wird. Nicht zufällig kommt das Wort „privat“ von lateinisch „privare“, d.h. berauben.

Es gibt aber noch einen weiteren Grund für die steigenden Staatsschulden: **die jahrzehntelange neoliberale Steuersenkungspolitik für die Unternehmen und Besser Verdienenden.** In Deutschland ist im letzten Jahrzehnt die Staatsquote infolge großzügiger Steuergeschenke an Banken, Unternehmen und Spitzenverdiener bei gleichzeitiger Kürzung der

Ausgaben um knapp 5 Prozentpunkte gesunken. Das entspricht über 100 Milliarden Euro pro Jahr, die in die Taschen der Reichen geflossen sind. Diese Einnahmeausfälle für die öffentliche Hand mussten dann durch steigende Verschuldung ausgeglichen werden. Kein Zufall also, dass **mit den öffentlichen Schulden auch die privaten Vermögen explodiert sind**, während gleichzeitig die Bevölkerungen mit Sparprogrammen drangsaliert werden. Derzeit gibt es in Deutschland etwa 830 000 Geldmillionäre, diese schmale Schicht verfügt über ein Finanzvermögen von 2,2 Billionen Euro- mehr als Bund, Länder und Gemeinden zusammen an Schulden haben. Ähnliches gilt für die europäische Ebene.

Die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich aber bedroht den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft und zerstört die Grundlagen der Demokratie. Es ist nicht daher nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern eine Existenzfrage für die demokratische Gesellschaft, ob es ihr gelingt, dem Artikel 14 des GG, der Sozialbindung des Eigentums, wieder Geltung zu verschaffen. Das aber setzte voraus: sich aus der Abhängigkeit von den Finanzmärkten- einer Art moderner Schuld- und Zinsknechtschaft- wieder zu befreien, das kapitalistische Spielcasino endlich unter ihre Kontrolle zu bringen und diejenigen an der Bewältigung der Schuldenschuldenkrise angemessen zu beteiligen, die sie uns eingebrockt haben.

Schlussplädoyer:

Noch nie war in Deutschland und Europa die **Kluft zwischen öffentlicher Armut** (der Länder und Kommunen) **und privatem Reichtum** so groß wie heute. Um die immer extremer werdende soziale Schieflage zu korrigieren und die verloren gegangene Sozialbindung des Eigentums wieder herzustellen, bedarf es eines **starken Staates**- den schwachen Staat können sich nur die Reichen leisten- , eines starken Staates,

- der erstens durch eine **gerechte Besteuerung** – Erhöhung der Unternehmenssteuern, des Spitzensteuersatzes und Wiedereinführung der Vermögenssteuer - **die permanente Umverteilung von oben nach unten beendet bzw. peu a peu rückgängig macht,**
- der zweitens durch **öffentliche Investitionen die kommunalen Haushalte stärkt**, sodass diese nicht mehr gezwungen sein werden, ihr Tafelsilber zu verhöckern, sprich die öffentlichen Güter und Dienstleistungen zum Schaden für die Allgemeinheit zu privatisieren und damit ihrer demokratischen Gestaltungsmacht auf Dauer verlustig zu gehen. In Bezug auf die Last ihrer Schulden sind viele deutsche Kommunen nämlich längst in einer ähnlichen Lage wie Griechenland oder Portugal.
- und der drittens **regulierend in das Marktgeschehen eingreift.**

Nach dem größten Crash in der Geschichte der Weltfinanz steht die **Regulierung und demokratische Kontrolle der Finanzmärkte** ganz oben auf

der Agenda. Verstärkte Kontrolle der Banken und der Börsen,, Schließung der Offshore-Zentren und Steueroasen, gezielte

Besteuerung der Spekulation durch eine Finanztransaktionsteuer, das längst überfällige Verbot der „Heuschrecken“, sprich: von Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften, von „Verbriefungen“, außerbilanzlichen Zweckgesellschaften und „Derivaten“, die ein prominenter Banker zurecht als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet hat – dieses ganze Teufelszeug neuartiger Spekulationsinstrumente, die wir übrigens zum gut teil der rot-grünen Regierung und dem smarten Herrn Schröder zu verdanken haben, gehört auf den Index.

„Wer den Nutzen hat, soll auch den Schaden tragen“, sagte Walter Eucken, einer der Begründer des Ordoliberalismus, auf den sich CDU und FDP so gerne berufen. Für ihn war dieser Grundsatz die Bedingung einer funktionierenden Wirtschaftsordnung. Doch für die Finanzinvestoren und Großspekulanten scheint dieser Grundsatz nicht zu gelten. Sie lassen die Gemeinschaft für ihre Verluste haften bzw. bluten. Damit muss endlich Schluss sein.

Die Zahlen belegen: Genug Geld wäre vorhanden, um die europäische Finanz- und Schuldenkrise zu bewältigen, ohne den Lebensstandard und die Altersversorgung der kleinen und mittleren Einkommensbezieher anzutasten.

Die Lösung dazu wäre: **Der europäische Rettungsschirm EFSF müsste eine Banklizenz erhalten**, was ihm ermöglichen würde, sich zinsgünstig Liquidität bei der EZB zu beschaffen (wie das die Banken ganz selbstverständlich tun). Mit diesem Geld sollten niedrig verzinsten Kredite an die verschuldeten Euro-Staaten vergeben werden. Damit würde die öffentliche Hand die Hoheit über die Zinssätze zurückgewinnen und bräuchte sich um die Bewertungen der privaten Rating-Agenturen und die Launen des Finanzmarktes nicht mehr zu scheren.

Will man die europäische Schuldenkrise nicht durch eine massive Geldentwertung und Inflation lösen, die unterschiedslos alle Bürger trafe, bleibt in letzter Konsequenz nur **ein harter Schuldenschnitt bei den Altschulden**- und zwar europaweit! Banken und Versicherungen müssten bei einem solchen Schuldenschnitt staatlich rekapitalisiert werden. Ihren dadurch als Eigentümer wieder gewonnenen Einfluss könnten die Staaten nutzen, um die hypertrophen Groß- und Zockerbanken zu verkleinern und ihr Geschäftsmodell dahin gehend zu verändern, dass die Banken ihre Aufgaben als Dienerin der Realwirtschaft wieder wahrnehmen. Das Geld für die Rekapitalisierung wäre durch eine einmalige **Abgabe auf Vermögen oberhalb einer Millionen Euro** zu beschaffen. So würde man die Nutznießer und Profiteure der doppelten Umverteilung- der permanenten Umverteilung von oben nach unten und der Umverteilung von öffentlich zu privat- an der Lösung der Finanz- und Schuldenkrise angemessen beteiligen- und damit auch die Sozialbindung des Eigentums ein Stück weit wieder herstellen. Gehen dagegen die europäischen Regierungen den jetzigen Weg einer harten Spar- und Austeritätspolitik weiter, die auf dem Rücken der Allgemeinheit, der kleinen und mittleren Einkommensbezieher exekutiert wird, dann riskieren sie nicht nur den Zerfall und das Auseinanderbrechen der europäischen Union, sondern **auch die Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratie**. Denn –so Thomas Münzer- „die Herren machen das selber, wenn ihnen der kleine Mann spinne feind wird.“

